

DER BETRIEB

22

Seite 1217 – 1276
2. Juni 2017
70. Jahrgang



Mit Recht Innovation sichern

www.der-betrieb.de

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser • Prof. Dr. Johanna Hey •
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff • Friedrich Merz

GASTKOMMENTAR

Jobst-Hubertus Bauer
Tarifbindung auf dem Prüfstand? M5

BETRIEBSWIRTSCHAFT

Simon Schulenburg/Robert Lüder
Die Übertragung von Pensionsverpflichtungen im Rahmen von Unternehmenstransaktionen (Teil 2) 1217
Überarbeitete IDW Stellungnahme zu den Anhangangaben über das Abschlussprüferhonorar (§§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB) – IDW RS HFA 36 n.F. (C. Zwirner/C. Boecker) 1223

STEUERRECHT

Christoph Uhländer
Die Besteuerung von Sanierungsgewinnen in laufenden Verfahren 1224
Matthias Oldiges
Keine Pflicht zur Berichtigungserklärung bei einem unrichtigen Steuerausweis nach § 14c Abs. 1 UStG gegenüber einem Nichtunternehmer 1233
Billigkeitsmaßnahmen bei Sanierungsgewinnen (V. Kreft) 1237
Berichtigung des Vorsteuerabzugs infolge erfolgreicher Insolvenzanfechtung (BFH) 1248

WIRTSCHAFTSRECHT

Sascha Vander
Weitere Hürden für E-Mail-Werbung 1251
D&O-Versicherung: Zur Geltendmachung des Anspruchs des Versicherten durch die Versicherungsnehmerin (B. Finkel/J. Kordes) 1255
Kündigung und Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers: Zum Vorliegen eines wichtigen Grundes bei Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung (BGH) 1256

ARBEITSRECHT

Alexander Eufinger
Arbeitsrechtliche Beweisverwertungsverbote und unternehmensinterne Untersuchungen 1266
Beginn der gesetzlichen Unverfallbarkeitsfristen und Gewährung vertraglicher Unverfallbarkeit (A. Heider) 1272
Fortsetzung der Tätigkeit im Entleiherbetrieb nach Befristungsende (A. Krol) 1273
Außerordentliche Kündigung aufgrund fehlerhafter Angabe im XING-Profil? (M. Herberger) 1274
Kontrolle einvernehmlicher Änderung individualvertraglicher Versorgungsbedingungen (V. Matthießen) 1275

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Die Übertragung von Pensionsverpflichtungen im Rahmen von Unternehmenstransaktionen (Teil 2)

Simon Schulenburg, M.Sc. / Robert Lüder, M.Sc., beide Hamburg

Werden im Rahmen von Unternehmenstransaktionen Pensionsverpflichtungen übertragen, können sich für die Transaktionsparteien – neben den im ersten Teil des Beitrags behandelten Problemfeldern – weitere Fragen ergeben: etwa im Hinblick auf die Fortführung der betrieblichen Altersversorgung über den vom bisherigen Arbeitgeber eingesetzten Versorgungsträger oder die Übertragung von Deckungsmitteln bei einer unmittelbaren Durchführung. Neben solchen Problemfeldern werden im zweiten Teil des Beitrags ertragsteuerliche Schranken durch §§ 4f und 5 Abs. 7 EStG analysiert. Die Ausführungen beziehen sich auf Übertragungen bei einem Asset Deal und bei Umstrukturierungen nach dem UmwG.

DB1224704

S. 1217

KOMPAKT

Rechnungslegung

Überarbeitete IDW Stellungnahme zu den Anhangangaben über das Abschlussprüferhonorar (§§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB) – IDW RS HFA 36 n.F.

WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner /

WP/StB Dr. Corinna Boecker, beide München

DB1232970

S. 1223

STEUERRECHT

AUFSATZ

Bilanzsteuerrecht/Gewinnermittlung

Die Besteuerung von Sanierungsgewinnen in laufenden Verfahren

Prof. Dr. Christoph Uhländer, Gelsenkirchen-Buer

Seit der Veröffentlichung der Entscheidung des Großen Senats am 08.02.2017 war unklar, ob und unter welchen Voraussetzungen die Finanzverwaltung für laufende Besteuerungsverfahren Vertrauensschutz gewährt wird. Der Beitrag zeigt die Auswirkung der Entscheidung des GrS 1/15 vom 28.11.2016 auf laufende Besteuerungsverfahren auf und schildert die umfangreichen gesetzlichen Neuregelungen auf der Basis des BT-Beschlusses vom 27.04.2017. Dabei werden erste Einschätzungen zu den wesentlichen Aspekten der Änderungen für Zwecke der ESt, KSt und GewSt gegeben und das Problembewusstsein für unions- und verfassungsrechtliche Fragestellungen geweckt. Abgerundet wird die Darstellung durch Erläuterungen zum BMF-Schreiben vom 27.04.2017 zur Gewährung von Vertrauensschutz.

DB1239133

S. 1224

Umsatzsteuer

Keine Pflicht zur Berichtigungserklärung bei einem unrichtigen Steuerausweis nach § 14c Abs. 1 UStG gegenüber einem Nichtunternehmer

RA Dr. Matthias Oldiges, München

Es wird aufgezeigt, dass im Fall eines unrichtigen Steuerausweises nach § 14c Abs. 1 UStG dann keine Pflicht zur Berichtigungserklärung besteht, wenn der Unternehmer gegenüber einem Nichtunternehmer abrechnet. Zudem ist bereits zweifelhaft, ob § 14c Abs. 1 UStG im Fall einer Abrechnung an einen Nichtunternehmer Anwendung findet.

DB1237510

S. 1233

KOMPAKT

Abgabenordnung

Billigkeitsmaßnahmen bei Sanierungsgewinnen

RiFG Prof. Dr. Volker Kreft, Hannover

DB1239410

S. 1237

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

E-Bilanz: Veröffentlichung der Taxonomien 6.1 vom 01.04.2017

BMF, Schreiben vom 16.05.2017

DB1239910

S. 1238

Einkommensteuer

Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vorsorgeaufwendungen

BMF, Schreiben vom 24.05.2017

DB1240021

S. 1239

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Bildung von Rückstellungen für Entsorgungspflichten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz

BFH, Urteil vom 25.01.2017 – I R 70/15

DB1239914

S. 1239

Bilanzsteuerrecht

Wegfall der korrespondierenden Bilanzierung eines Gesellschafterdarlehens bei Veräußerung des Mitunternehmeranteils

BFH, Urteil vom 16.03.2017 – IV R 1/15

DB1239920

S. 1244

Einkommensteuer

Restschuldbefreiung und Betriebsaufgabe

BFH, Urteil vom 13.12.2016 – X R 4/15

DB1239912

S. 1247

Umsatzsteuer

Berichtigung des Vorsteuerabzugs infolge erfolgreicher Insolvenzanfechtung

BFH, Urteil vom 29.03.2017 – XI R 5/16

DB1240145

S. 1248

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Wettbewerbsrecht

Weitere Hürden für E-Mail-Werbung

RA Dr. Sascha Vander, LL.M., FA für IT-Recht, Köln

Werbe-E-Mails sind ein effektives Marketinginstrument. Ohne Einwilligung stellt das Zusenden gegenüber einem Unternehmen allerdings einen Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb dar. In einem aktuellen Urteil befasst sich der BGH mit den Anforderungen, die an eine wirksame Einwilligung zu stellen sind, und der Reichweite des Unterlassungsanspruchs, wenn eine solche nicht vorliegt. Für Unternehmen ist die Entscheidung von hoher praktischer Relevanz – nicht zuletzt auch wegen ihrer datenschutzrechtlichen Implikationen, da der BGH davon ausgeht, dass sich ein Werbetreibender im Interesse der Erfüllung bestehender Unterlassungspflichten über einen etwaigen Widerspruch des Betroffenen zur Speicherung einer betroffenen E-Mail-Adresse bzw. Information von Werbepartnern hinwegsetzen darf und wohl auch muss.

»DB1239933

S. 1251

KOMPAKT

Versicherungsrecht

D&O-Versicherung: Zur Geltendmachung des Anspruchs des Versicherten durch die Versicherungsnehmerin

RA Bastian Finkel und RA Jan Kordes, LL.M., Köln

DB1239632

S. 1255

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

Kündigung und Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers: Zum Vorliegen eines wichtigen Grundes bei Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

BGH, Urteil vom 04.04.2017 – II ZR 77/16

DB1240077

S. 1256

Rechtsanwaltsrecht

Zum Honoraranspruch eines Revisionsanwalts nach Kündigung des Mandats wegen mangelnder Erfolgsaussichten einer Nichtzulassungsbeschwerde

BGH, Versäumnisurteil vom 16.02.2017 – IX ZR 165/16

DB1238975

S. 1258

Verbraucherrecht

Widerruf eines Verbraucherdarlehensvertrags: Zur Vermutung der Ziehung von Nutzungen aus vereinnahmten Zinsleistungen durch die Bank

BGH, Urteil vom 25.04.2017 – XI ZR 573/15

DB1239956

S. 1261

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Datenschutz

Arbeitsrechtliche Beweisverwertungsverbote und unternehmensinterne Untersuchungen

Dr. Alexander Eufinger, Frankfurt/M.

Die prozessuale Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Beweismittel oder Erkenntnisse ist häufig Gegenstand arbeitsgerichtlicher Auseinandersetzungen. Die in diesem Zusammenhang von der Spruchpraxis aufgestellten Vorgaben zu Beweisverwertungsverböten spielen auch bei unternehmensinternen Untersuchungen (sog. Compliance-Audits) eine wichtige Rolle. Besonders bei Missachtung der verfassungsrechtlich garantierten Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers läuft der Arbeitgeber Gefahr, die Ergebnisse solcher Untersuchungen nicht arbeitsrechtlich verwerten zu können. Es soll daher ein Problembewusstsein für die arbeitsrechtliche Compliance bei unternehmensinternen Untersuchungen geschaffen werden.

DB1232157

S. 1266

KOMPAKT

Betriebliche Altersversorgung

Beginn der gesetzlichen Unverfallbarkeitsfristen und Anforderungen an die Gewährung einer vertraglichen Unverfallbarkeit

RA Alexander Heider, Köln

DB1232990

S. 1272

Arbeitnehmerüberlassung/Befristungsrecht

Fortsetzung der Tätigkeit im Entleiherbetrieb nach Befristungsende führt nicht automatisch zu unbefristetem Arbeitsverhältnis mit dem Verleiher

RA/FAArbR Dr. Alexander Krol, Düsseldorf

DB1226846

S. 1273

Kündigungsrecht

Außerordentliche Kündigung aufgrund fehlerhafter Angabe im XING-Profil?

Dipl.-Jur. Marie Herberger, LL.M., Saarbrücken

DB1236277

S. 1274

Betriebliche Altersversorgung

Kontrolle der einvernehmlichen Änderung individualvertraglicher Versorgungsbedingungen

RiArbG a.D. Dr. Volker Matthießen, Offenbach/M.

DB1236798

S. 1275

WEITERE INHALTE

Gastkommentar	M5	Handelsblatt Nachrichten	M9
Leitsätze	M6	Neues in der DB-Datenbank	M10
Anhängige Verfahren	M8	Nachrichten	M11

IMPRESSUM

DER BETRIEB

Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
 Prof. Dr. Johanna Hey
 Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
 Friedrich Merz

Burghard Kreft (Vors. Richter am BAG a.D., Erfurt),
 RA/StB Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen (Düsseldorf),
 WP/StB Dr. Martin Lenz (Düsseldorf),
 Prof. Dr. Ulrich Noack (Düsseldorf),
 WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Schlegel (Bonn),
 Prof. Dr. Ulrich Seibert (Berlin),
 RA/FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt (Hamburg),
 Prof. Dr. Lutz Strohn (Richter am BGH a.D., Karlsruhe),
 Prof. Dr. Gregor Thüsing (Bonn),
 Prof. Dr. Thomas Voelzke (Vors. Richter am BSG, Kassel),
 WP/StB Martin Wambach (Köln),
 Prof. Dr. Axel von Werder (Berlin),
 RA Dr. Hans-Ulrich Wilsing (Düsseldorf)

Fachbeirat

RA Dr. Hartwin Bungert (Düsseldorf),
 Ewald Dötsch (Koblenz),
 Dr. Detlev Fischer (Richter am BGH a.D., Karlsruhe),
 RA/FAArbR Prof. Dr. Björn Gaul (Köln),
 WP/StB Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Herzig (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Hüttemann (Bonn),
 StB Prof. Dr. Wolfgang Kessler (Freiburg i. Br.),
 WP/StB Ralf Klassmann (Köln),

REDAKTION

Dipl.-Fw. Marko Wieczorek, Geschäftsführender
 Chefredakteur, eMail m.wieczorek@fachmedien.de

Ressort Betriebswirtschaft

Dipl.-Kfm./Dipl.-Vw. Sebastian Boochs,
 Fon 0211 887-1458, eMail s.boochs@fachmedien.de

Ressort Steuerrecht

Dipl.-Kff. Eva-Maria Kunze, Fon 0211 887-1475,
 eMail e.kunze@fachmedien.de;

Ass. Sixten Abeling, Fon 0211 887-1495,
 eMail s.abeling@fachmedien.de

Ressort Wirtschaftsrecht

Ass. Frauke Nitschke, Fon 0211 887-1468,
 eMail f.nitschke@fachmedien.de

Ressort Arbeitsrecht

Ass. Claus Dettki, Fon 0211 887-1456,
 eMail c.dettki@fachmedien.de

Korrektorat

Ninja Arendt, Sabine Nehrenhaus,
 Kerstin Pferdenges

Sekretariat

Sylvia Braun, Fon 0211 887-1435,
 Fax 0211 887-1450
 eMail der-betrieb@fachmedien.de

INTERNET

www.der-betrieb.de

VERLAG

Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Geschäftsführung: Christoph Bertling,
 Ingo Rieper
 Grafenberger Allee 293, 40237 Düsseldorf
 oder Postfach 101102, 40002 Düsseldorf

DER BETRIEB REVIEW

DER BETRIEB bietet die Möglichkeit betriebs-
 wirtschaftliche Beiträge nach internationalen
 Standards begutachten zu lassen.
 Nähere Informationen finden sich unter
 www.der-betrieb.de/zeitschrift/fuer-autoren/

KUNDENSERVICE

eMail kundenservice@fachmedien.de;
 Inland: Fon 0800 000-1637 (kostenfrei),
 Fax 0800 000-2959 (kostenfrei);
 Ausland: Fon +49 211 887-3670, Fax +49 211 887-3671
 Anschrift: Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Kundenservice, Postfach 9254, 97092 Würzburg

BEZUGSPREIS

Einzelheft 17,80 € zzgl. Versandkosten

JAHRESVORZUGSPREIS

518 € inkl. MwSt und Versandkosten.
 Ausbildungs-Abo gegen Vorlage einer gültigen Be-
 scheinigung 247 € inkl. Versandkosten und MwSt

AUSLANDSABONNEMENT

Jährlich 431,40 € zzgl. Versandkosten

MEDIASERVICE

Simone Isgen
 Fon 0211 887-1519
 eMail s.isgen@fachmedien.de

Astrid Jüngst

Fon 0211 887-1477
 eMail a.juengst@fachmedien.de
 Es gilt die Preisliste Nr. 70 vom 01.01.2017

KOMBIMÖGLICHKEITEN

Mit der Zeitschrift Corporate Finance jährlich
 788 € inkl. Versandkosten, im Ausland 665,23 €
 zzgl. Versandkosten – mit der Monatszeitschrift
 KoR 736 € inkl. Versandkosten, im Ausland
 jährlich 618,10 € zzgl. Versandkosten – mit der
 Monatszeitschrift Der Konzern jährlich 774 € inkl.
 Versandkosten, im Ausland 652,54 € zzgl. Ver-
 sandkosten. Für EU-Länder zzgl. MwSt., Luftpost-
 gebühren auf Anfrage. Angaben zu MwSt. und
 Versandkosten im Ausland unter
 www.fachmedien.de/kundenservice.

Abonnementkündigungen sind mit einer Frist
 von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugs-
 jahres möglich.

DER BETRIEB wird sowohl im Print als auch auf
 elektronischem Weg (z. B. Datenbank, DVD etc.)
 vertrieben. Nachdruck und Vervielfältigung
 jeder Art sind nur mit Genehmigung des Verlags
 zulässig.

DER BETRIEB erscheint jeden Freitag,
 70. Jahrgang.

Das Abonnement beinhaltet:
 Wochenschrift DER BETRIEB und Zugriff auf die
 Online-Datenbank www.der-betrieb.de
 ISSN 0005-9935 G 01742

HERSTELLUNG

L.N. Schaffrath, 47608 Geldern